

Haushaltssatzung des Landkreises Stendal für das Haushaltsjahr 2017

Gemäß der §§ 100 Abs. 1, 102 Abs. 1 in Verbindung mit § 45 Abs. 2 Nr. 4 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA 12/2014, S. 287) hat der Kreistag des Landkreises Stendal in der Sitzung am 15.12.2016 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 der die für die Erfüllung der Aufgaben des Landkreises Stendal voraussichtlich anfallenden Erträge und Aufwendungen sowie die eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird

1. im Ergebnisplan mit dem

a) Gesamtbetrag der Erträge auf	175.139.000 Euro
b) Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	175.110.400 Euro

2. im Finanzplan mit dem

a) Gesamtplan der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	170.773.300 Euro
b) Gesamtplan der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	170.259.900 Euro
c) Gesamtplan der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	10.757.100 Euro
d) Gesamtplan der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	13.822.600 Euro
e) Gesamtplan der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	16.472.600 Euro
f) Gesamtplan der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	16.488.100 Euro

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **3.065.500 Euro** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten, (Verpflichtungsermächtigungen) wird auf **3.856.000 Euro** festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit wird auf **63.000.000 Euro** festgesetzt.

§ 5

Die Kreisumlage wird mit einem Hebesatz von **43,20 v. H.** der Bemessungsgrundlagen gemäß § 19 des Finanzausgleichsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt festgesetzt.

§ 6

Folgende Erheblichkeitsgrenzen werden festgesetzt:

Im Sinne des § 103 Abs. 2 Nr. 1 des KVG LSA ist ein Fehlbetrag erheblich, wenn er 2 v. H. der Gesamtaufwendungen / Gesamtauszahlungen des Ergebnisplanes / Finanzplanes des laufenden Haushaltsjahres entspricht.

Im Sinn des § 103 Abs. 2 Nr. 2 des KVG LSA sind nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen oder Auszahlungen bei einzelnen Haushaltsposten erheblich, wenn sie insgesamt 5 v.T. des Gesamtvolumens oder im Einzelfall 250 TEUR überschreiten. Ein Nachtragshaushaltsplan muss alle Änderungen der Erträge/Einzahlungen und Aufwendungen/Auszahlungen enthalten, die den Betrag von 25 TEUR überschreiten.

Als geringfügig im Sinn des § 103 Abs. 3 Nr. 1 KVG LSA gelten Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen, wenn deren voraussichtliche Gesamtkosten nicht mehr als 175 TEUR betragen.

Hansestadt Stendal, den 15.12.2016

Lothar Riedinger
Vorsitzender des Kreistages

Carsten Wulfänger
Landrat